

ZUR EGOVERNMENT-GESETZUMSETZUNG IM LAND BERLIN

Dagmar Lück-Schneider

Professorin für Verwaltungsinformatik, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin,
Fachbereich Allgemeine Verwaltung,
Alt Friedrichsfelde 60, 10315 Berlin, DE,
dagmar.lueck-schneider@hwr-berlin.de, <https://www.hwr-berlin.de/prof/dagmar-lueck-schneider/>

Schlagnote: *IT-Rollen, IT-Kompetenzen, IT-Steuerung, E-Government-Gesetz Berlin*

Abstract: *Das E-Government-Gesetz Berlin trifft im Abschnitt 3 – IKT-Steuerung – Regelungen zur IKT-Steuerung des Landes. So werden bestimmte Aufgaben der Staatssekretärin für IKT und einer Organisationseinheit IKT-Steuerung sowie dem IT-Dienstleister des Landes zugeordnet. Im Zusammenhang mit der Umsetzung entstand auch ein neues Rollenkonzept für Beschäftigte mit Aufgaben im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik. Für dessen Entwicklung wurde auf eine im Auftrag des IT-Planungsrat entwickelte Studie zurückgegriffen. Die von der Studie antizipierten Vorteile konnten erreicht werden: Das Ergebnis ist geeignet, erforderliche Kompetenzen von Rollenträgern mit IKT-Aufgaben leicht zu identifizieren und unterstützt damit Einstellungen und Fortbildungen, die aufgrund der abgeleiteten Methodik sowohl rollenspezifisch, wie auch kompetenzorientiert und dann rollenübergreifend geplant werden können.*

1. Einleitung

Das Berliner eGovernment-Gesetz (EGovG Bln) trat 2016 in Kraft. Im Abschnitt 3 – IKT-Steuerung (§ 20–§ 25) trifft es Regelungen zur IKT-Steuerung des Landes. So werden bestimmte Aufgaben der Staatssekretärin für IKT und einer Organisationseinheit IKT-Steuerung, sowie dem IT-Dienstleister des Landes zugeordnet. „Der Einsatz der Fachverfahren wird von den fachlich zuständigen Behörden verantwortet“ (§ 20, Abs. 3, Satz 1 EGovG Bln). Laut § 2 Abs. 3, 2. Halbsatz verfolgt das EGovG Bln „die gemeinsame Nutzung von zentralen informations- und kommunikationstechnischen Strukturen und Organisationen sowie von Informationen und Ressourcen“. Insbesondere etliche Festlegungen in § 21 stärken zudem ein einheitliches Vorgehen, z. B. durch gemeinsame Standards in den Feldern Ergonomie, IT-Sicherheit oder Barrierefreiheit sowie über eine zentrale IKT-Architektur und die Standardisierung von Prozessen.

Als Folge neuer Aufgabenzuordnungen innerhalb des EGovG Bln wurde in der 22. Senatssitzung vom 18.09.2018 die Senatsverwaltung für Inneres und Sport beauftragt, „Vorschläge für die Aufgaben- und Rollenverteilung zwischen dem IT-Dienstleistungszentrum (ITDZ) Berlin, der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)-Steuerung und den anderen Behörden Berlins zu entwickeln“¹. In Folge wurde im Mai 2019 im Rahmen des Zukunftspakts Verwaltung „im Steckbrief 23 ein Organisations- und Rollenkonzept ‚Digitalisierung‘ angekündigt“².

¹ Senatsverwaltung für Inneres und Sport, V B 3 – Migrationsprogramm, Weiterentwicklung ITDZ Berlin, Aufsicht über das ITDZ Berlin, IKT-Personal (Hrsg.), 2021, S. 5 mit Bezug auf Senat von Berlin (Hrsg.), 2018.

² Senatsverwaltung für Inneres und Sport, V B 3 – Migrationsprogramm, Weiterentwicklung ITDZ Berlin, Aufsicht über das ITDZ Berlin, IKT-Personal (Hrsg.), 2021, S. 5.

2020 wurde das ausgearbeitete *IKT-Rollenkonzept für das Land Berlin im Rahmen der Umsetzung des EGovG Bln*³ vom IKT-Lenkratsrat⁴ für das Land Berlin zur Empfehlung beschlossen und wird seitdem mit zunehmender Umsetzung des EGovG Bln innerhalb der Organisationseinheit IKT-Steuerung kontinuierlich weiterentwickelt.

In diesem Beitrag wird auf Anlass, Entwicklung und Inhalte dieses Rollenkonzeptes eingegangen. Das erscheint vor allem deshalb interessant, weil das Land Berlin sich bei der Erstellung an einer vom IT-Planungsrat in Auftrag gegebenen Studie orientiert hat. Damit ist der vorliegende Beitrag geeignet, beispielhaft aufzuzeigen, welche Unterstützung solche – von diesem Bund-Länder-Gremium finanzierten – Studien bieten können. Auch kann die Vorgehensweise ggf. für andere Länder oder auf kommunaler Ebene interessant sein.

2. Das IKT-Rollenkonzept des Landes Berlin

Das IKT-Rollenkonzept beschreibt – knapp gesagt –, welche Rollen im Land Berlin in welchen Behörden welche Aufgaben und Verantwortlichkeiten im Hinblick auf Tätigkeitsfelder mit Bezug zur Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) übernehmen bzw. nach vollständiger Umsetzung des EGovG Bln übernehmen werden.

Neben den direkt aus dem EGovG Bln hervorgehenden Zielsetzungen ist das Rollenkonzept darauf ausgerichtet, in Verbindung mit den veränderten Aufgabenzuordnungen „eine einheitliche und standardisierte Wahrnehmung von IKT-Rollen in den Behörden und Einrichtungen“⁵ im Land Berlin zu erreichen sowie eine klare Verteilung von Verantwortung und Zuständigkeiten. In diesem Zusammenhang stellt das Rollenkonzept ein Zielbild dar. Durch seine kontinuierliche Fortschreibung kann auf Anpassungsbedarfe, die erst im Verlaufe dieser Veränderungen sichtbar werden, reagiert werden.

2.1. Die Studie E-Government-Kompetenz im Auftrag des IT-Planungsrates

Bei der Erstellung des Rollenkonzeptes orientierte man sich an der vom IT-Planungsrat in Auftrag gegebenen, 2016 erschienenen Studie *E-Government-Kompetenz*⁶. Ebenso hilfreich erwies sich eine hierzu ergänzend herausgegebene Kurzstudie⁷ des NEZG⁸.

In der Studie werden 19 Referenzrollen der öffentlichen Verwaltung mit IT-Bezug beschrieben. Außerdem wird ein mögliches Raster für Rollensteckbriefe mit Aufgaben, Verantwortlichkeiten und derzeit sowie in Zukunft benötigten Kompetenzen in den Kategorien *Technische*, *Fachliche* sowie *Soziale u. Persönlichkeitsmerkmale* vorgestellt. Dabei werden die fachlichen Kompetenzen weiter in sozio-technisch, die Organisation betreffend, Management und politisch-administrativ unterschieden.

Es werden aber nicht nur einheitliche Kompetenzkategorien festgelegt. Es gibt auch einen festen Kanon an Kompetenzen, der für alle Rollensteckbriefe herangezogen wird, beispielsweise 13 technische. Für die erforderlichen technischen wie fachlichen Kompetenzen wird zudem die Ausprägungsstufe angegeben, auf der diese für die verschiedenen Rollen vorliegen müssen. Dabei wird mit den Ausprägungsstufen Wissen, Anwenden und Gestalten gearbeitet.

³ Im Folgenden wird stets vom IKT-Rollenkonzept oder auch nur vom Rollenkonzept gesprochen.

⁴ Dieses Gremium ist mit seinen Befugnissen, Aufgaben und seiner Zusammensetzung im § 22 des eGovG Berlin festgelegt.

⁵ Senatsverwaltung für Inneres und Sport V B 3 – Migrationsprogramm, Weiterentwicklung ITDZ Berlin, Aufsicht über das ITDZ Berlin, IKT-Personal (Hrsg.), 2021b, S. 5.

⁶ BECKER, J., GREGER, V., HEGER, O., JAHN, K., KRCDMAR, H., MÜLLER, H., NIEHAVES, B., OGONEK, N., RÄCKERS, M., SCHUPPAN, T. & ZEPIC, R., 2016.

⁷ OGONEK, N., RÄCKERS, M. & BECKER, J., 2016.

⁸ Nationales E-Government Kompetenzzentrum, e. V.

2.2. Das IKT-Rollenkonzept des Landes Berlin

Berlin hat sich an den Ergebnissen der Studie, insbesondere den Strukturen eng angelehnt, allerdings wurden die technischen Kompetenzen den fachlichen Kompetenzen untergeordnet. Die Rollen selbst mussten an die Berliner Situation angepasst werden. Für diese Arbeit war ein Team der Universität Münster eingebunden. Bei der Anpassung wurden für die Beschreibung der Rollen, ihrer Verantwortungsbereiche sowie Aufgaben Personen einbezogen, die gegenwärtig entsprechende Verantwortungsbereiche ausfüllen oder Aufgaben übernehmen. Dabei wurde berücksichtigt, dass die Personen aus Behörden unterschiedlicher Größe sowie mit unterschiedlich komplexen Fachaufgaben einbezogen wurden. Wie auch die Studie arbeitet das IKT-Rollenkonzept des Landes Berlin nun mit einem festen Kanon an Kompetenzen für die Beschreibung der Berliner IKT-Rollen. Das ermöglicht es beispielsweise, rollenübergreifende Personalmaßnahmen entlang gleich benötigter übergreifender Kompetenzbedarfe zu gestalten.

Die im Rollenkonzept beschriebenen Rollen sind zum überwiegenden Teil bestimmten Organisationen der Berliner Verwaltung oder bestimmten Organisationsbereichen zugeordnet.

Für die IKT-Steuerung ist im Land Berlin nach § 21 EGovG Bln die IKT-Staatssekretärin zuständig. Ihre Zuständigkeitsbereiche und Aufgaben werden im Gesetz umfassend aufgelistet. Aus dem Gesetz leitet sich auch ihre Leitung der im Land für die IKT-Steuerung (SenInnDS) zuständigen Organisationseinheit IKT-Steuerung ab, die der Senatsverwaltung für Inneres und Sport angesiedelt ist. Behörden wie Organisationseinheiten können ebenfalls in verschiedenen Rollen agieren, nämlich als Fachverfahrens- bzw. Dienste-Verantwortliche Behörden (FVDB) – die Verantwortungsbereiche gliedern sich dann noch einmal nach Politikfeldern auf – oder aber als Nutzende Behörden. Fachverfahrens- und Dienste-Verantwortung tragen i. d. R. Senatsverwaltungen und Senatskanzlei. Alle Behörden jeglicher Ebene agieren als Nutzende Behörden, sei es, dass sie fachverfahrensspezifische oder aber die sogenannte verfahrensunabhängige IKT nutzen. Für deren Bereitstellung ist laut EGovG Bln der IT-Dienstleister des Landes, das ITDZ Berlin, verantwortlich. Das Rollenkonzept umfasst Rollen, die die fachverfahrensspezifische wie verfahrensunabhängige IKT betreffen. Es umfasst politisch verantwortliche, fachlich verantwortliche sowie beratende und unterstützende Rollen. Die Rollen umfassen strategische und steuernde Aufgaben genauso wie solche, die sich aus der Nutzung der IKT ergeben. Einige Beispiele (nicht vollzählig) zu politisch verantwortlichen, zu fachlich verantwortlichen sowie zu beratend und unterstützenden Rollen liefert Tabelle 1. Die Spaltenüberschriften geben an, welcher Organisation bzw. Organisationseinheit die Rolle zugeordnet ist. Die Zeilenüberschriften bilden zugleich die Kategorie, der die jeweiligen Rollen angehören.

Tabelle 1: Beispiele für im Land Berlin festgelegte IKT-Rollen

	SenInnDS IKT-Steuerung	FVDB	Nutzende Behörde
Politisch Verantwortlich	Landesbevollmächtigte/r für Informationssicherheit	Ressort-Digitalisierungsbeauftragte/r	Gesamtbehördliche Durchführungsverantwortung
Fachlich Verantwortlich	Landesweite IKT-Architektur	IKT-Anforderungsmanagement	Behördliche Fachverfahrens- u. Dienstebetreuung
Beratend und unterstützend		Landesweites Organisations- und Veränderungsmanagement	Behördliches Organisations- und Veränderungsmanagement

Alle Rollen werden im Rollenkonzept mit ihren Aufgaben beschrieben. Darauf aufbauend wurde, wie auch in der Studie E-Government-Kompetenz, zu jeder IKT-Rolle ein Steckbrief erarbeitet. Die Struktur wurde übernommen. Lediglich Kommunikationsbeziehungen wurden ergänzt. Wie auch in der Studie wurde entlang

der entwickelten Steckbriefe zusätzlich eine Einschätzung der Ausprägungsstufen der Kompetenzen vorgenommen. Die Steckbriefe wiederum waren Grundlage für die Ausarbeitung von Muster-Formularen, die im Land Berlin zur Stellenbewertung eingesetzt werden. Hier ist der Detailgrad der Aufgabenbeschreibungen gegenüber den Steckbriefen noch einmal deutlich erhöht. Außerdem sind hierfür notwendige Bildungsabschlüsse oder berufliche Erfahrungen anzugeben. Alle Berliner Behörden können auf diese Beschreibungen nun zurückgreifen, z. B. wenn sie Stellen ausschreiben möchten, die mit einer IKT-Rollen-Übernahme (oder auch mehreren) verbunden sein sollen.

3. Bereits sichtbare Effekte

Das Rollenkonzept und die darauf aufsetzenden Arbeitsergebnisse unterstützen gleiche Rollenbezeichnungen und ein gleiches Rollenverständnis über die Berliner Behörden hinweg. Dabei ist hinsichtlich der Zuordnung zu Rollenträgerinnen oder -trägern größtmöglicher Spielraum vorhanden, um der unterschiedlichen Komplexität von Politikfeldern und Aufgabenfeldern gerecht zu werden. So ist es sowohl möglich, dass eine Person mehrere Rollen als auch, dass mehrere Personen gemeinsam eine Rolle übernehmen.

Vorgesetzte wie Personalverantwortliche können sich über die erarbeiteten Dokumente eine sehr gute Übersicht über die nach jeweiligem Aufgabenbereich benötigten Kompetenzen verschaffen. Das kann es Führungskräften einerseits erleichtern, mit ihren Beschäftigten Qualifizierungsbedarfe zu ermitteln bzw. benötigte Kompetenzen bei Ausschreibungen umfassend zu berücksichtigen.

Für das Land erleichtert das Konzept und die Steckbriefbeschreibungen die Entwicklung von Qualifizierungskonzepten und Maßnahmen. So gibt es bereits Qualifizierungsvorschläge entlang der identifizierten Rollen, die aufgrund der ausgewiesenen Kompetenzen zusammengestellt wurden. Darüber hinaus wurde ein an den Rollenkompetenzen ausgerichtetes Qualifizierungskonzept vorgelegt, das durch eine Liste ausgewählter Qualifizierungsmaßnahmen ergänzt wird. Diese sind von rollenübergreifendem Interesse und können rollenübergreifende Qualifizierungsmaßnahmen zusätzlich unterstützen. Das Vorgehen erleichtert zudem, eigene Angebote zu entwickeln, weil auf diese Weise von einer höheren Teilnehmezahl ausgegangen werden kann.

4. Literatur

BECKER, J., GREGER, V., HEGER, O., JAHN, K., KRUMHOLTZ, H., MÜLLER, H., NIEHAVES, B., OGONEK, N., RÄCKERS, M., SCHUPPAN, T. & ZEPIC, R., E-Government-Kompetenz. Studie im Auftrag des IT-Planungsrats. Berlin, München, Münster, Siegen, 2016.

OGONEK, N., RÄCKERS, M. & BECKER, J., Rollen und Kompetenzen für eine erfolgreiche öffentliche Verwaltung im digitalen Zeitalter (NEGZ-Kurzstudie). Berlin, Münster, 2016.

Senat von Berlin, Senatsvorlage Nr. S-1212/2018 „Verfahrensabhängige IKT und Geschäftsprozessoptimierung“ vom 18. September 2018.

Senat und Rat der Bürgermeister (Hrsg.), Zukunftspakt Verwaltung vom 14. Mai 2019. (2019). Aufgerufen am 4.12.2019 unter https://www.berlin.de/rbmskzl/_assets/aktuelles/2019/mai/190514_zukunftspakt_verwaltung.pdf.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport, V B 3 – Migrationsprogramm, Weiterentwicklung ITDZ Berlin, Aufsicht über das ITDZ Berlin, IKT-Personal (Hrsg.), Das IKT-Rollenkonzept für das Land Berlin. Konzeptpapier. Berlin, 2021a.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport, V B 3 – Migrationsprogramm, Weiterentwicklung ITDZ Berlin, Aufsicht über das ITDZ Berlin, IKT-Personal (Hrsg.), IKT-Rollen-Steckbriefe. Berlin, 2021b.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport, V B 3 – Migrationsprogramm, Weiterentwicklung ITDZ Berlin, Aufsicht über das ITDZ Berlin, IKT-Personal (Hrsg.), Das IKT-Rollenkonzept für das Land Berlin. Konzeptpapier (Beschlussfassung vom Lenkungsrat für IKT in 11/2020), 2020.

BUILDING THE ECONOMIC MODEL OF PLATFORM LIABILITY: TOWARDS THE ASSUMPTIONS

Ondřej Woznica

Ph.D. student at Masaryk University in Brno, Czech Republic
445915@mail.muni.cz

Keywords: *Platform Liability, Article 17, DSM Directive, Economic Model, Economic Analysis of Law, ICT Law*

Abstract: *Platform liability represents a contemporary issue that has been recently tackled also in the EU. However, lawmakers still struggle with the perspective shift in online distribution from one-to-many model towards the many-to-many infrastructure where multitude of parties and interests play key role. Goal of this contribution is to introduce ongoing research into platform liability from the perspective of economic analysis of law. Author shall tackle the difficulties and fundamental issues of platform liability and isolate factors determinant to building an economic model of platform liability.*

1. Introduction

During the past decades, human interaction has increasingly become virtualized. We interact with each other and various conceivable content such as art, forms of entertainment or news of the day. FROSIO captures such shift followingly:

“Online intermediaries mediate human life in a virtual brave new world that reflects and augments our physical realm. (...) Ubiquitous platforms dictate our daily routine: searching for information on Google, getting a taxi on Uber, shopping on Amazon Fresh, making payments via PayPal, collaborating on Google Docs, storing documents on Dropbox, taking up employment through Upwork, discussing trendy topics on Twitter, sharing videos on YouTube, or posting pictures on Instagram.”¹

In changing our way of interaction, our society morphed into “platform society” as noted by FROSIO.² Nonetheless:

“(...) there is more to it. Perhaps unnoticed, our society has transformed into an ‘intermediated society’.”³

Intermediary liability, hence, plays a crucial role as it dictates how we experience the world of cyberspace.⁴ The very legal framework applicable to platforms’ business influence the way business models are conceived and developed.⁵ It is, therefore, crucial to focus legal attention on the legal landscape of platform regulation.⁶ The topic of this short submission aims to introduce problems that need to be tackled when analyzing the newly reformed rules of platform liability for breach of copyright under Art 17 of the DSM Directive from the perspective of economic analysis of law. To this end, the contribution aims to discuss the foundations of platform liability and the basic assumptions that need to be translated into the economic model of platform liability for the purpose of its evaluation.

¹ Editor’s note FROSIO, GIANCARLO. Oxford Handbook of Online Intermediary Liability. Oxford University Press, 2020, s. 1.

² Ibid., p. 2.

³ Ibid.

⁴ PAPPALARDO, SUZOR at Ibid. pp 2–3.

⁵ PAGUERA at Ibid. p. 3.

⁶ As has been done previously by other authors. E.g., see Ibid.

2. Economic models

Economic approach to law is not a brand-new perspective towards legal research. From its humble beginnings in the fields of accident or criminal law, economics found its application across wide array of legal fields.⁷ Moreover, it has been widely popularized in the recent decades. Economy, subsequently, has found its application also in the field of intellectual property, where it has traditionally been used to evaluate the rules of industrial property and their efficiency.⁸ It is only appropriate, hence, to apply the economic approach to law also in the field of copyright and to the contemporary issue of platform liability.

Economic approach towards law can be differentiated into two branches. The economic analysis of law is frequently employed to evaluate legal rules by the use of economic models.⁹ Law and economics, on the other hand, focuses on how law and markets interact as alternative social institutions for coordinating human behavior.¹⁰ As the goal of this short submission is to introduce the model of platform liability under Art 17 of the DSM Directive, the methods employed by the economic analysis of law seem fitting.

Economic models are a methodic tool for finding a simplified version of the real-world phenomenon. Models identify and focus on certain relationships determinant to the phenomenon that they isolate.¹¹ Consequently, employing such method allows to discard factors that are extraneous to the particular problem. Model's assumption, thus, stand in the center as it defines what variables are endogenous and what variables are exogenous.¹² Quality and validity of assumptions, hence, becomes fundamental.

Model building should ideally include six important steps.¹³ First, author should identify an interesting question and good method for answering it. Next, author must limit the scope of inquiry at hand by isolating assumptions. Author should also translate the legal rule into economic terms and explain, how certain legal rule creates incentives for decision-makers. Subsequently, author should start building the economic model and increasingly more tackle the proposed model with existing literature. Finally, publication of the model and author's findings is in order.

2.1. Understanding commercial platforms

For further normative discussion it is crucial to understand what online platforms are. Mainly we shall focus on what connections are intermediated by online platforms and how. The importance of such an attempt can be supported, e.g., by Svantesson:

*"Internet intermediaries are crucial for how most people use the Internet"*¹⁴

To widen the existing knowledge, we shall attempt to isolate the relevant factors that are determinant to platform liability while later analyzing existing quantitative data to build an economic model of platform liability. The resulting model shall thus describe the business of online platforms in the area of copyright. The economic model of platform liability is necessary as it helps us understand how online platforms operate while providing insight into interdependencies between relevant factors.

⁷ THOMAS J MICELI, 'Economic Models of Law', *The Oxford Handbook of Law and Economics, Volume 1: Methodology and Concepts* (1st edn, Oxford University Press 2017) 13 et seq.

⁸ For details see: NIVA ELKIN-KOREN and ELI SALZBERGER, *The Law and Economics of Intellectual Property in the Digital Age* (Taylor & Francis Ltd 2015).

⁹ MICELI (n 7) 13.

¹⁰ Ibid 18–19.

¹¹ Ibid 10.

¹² Ibid 10–11.

¹³ For further details see ibid 23–25.

¹⁴ As stated by SVANTESSON. See Editor's note FROSIO, GIANCARLO. *Oxford Handbook of Online Intermediary Liability*. Oxford University Press, 2020, s. 1.

2.2. Assumptions

Traditional intermediaries are professionals occupied with identifying the most commercially promising works of copyright, obtaining necessary rights and distributing copies.¹⁵ Modern intermediaries, on the other hand, are not rightsholders and their core business does not fall under the category of copyright.¹⁶ Instead, modern intermediaries operate in the business of connecting individuals with content.¹⁷ Content, thus, serves as a tool to generate more connections.

Consequently, modern content distribution shifts away from the traditional model of one-to-many distribution towards the many-to-many infrastructure.¹⁸ Everybody can be an author, distributor or user and intermediaries serve to connect these individuals with content. Nonetheless, that does not mean that copyright rules can be discredited altogether. Instead, lawmakers attempt to address the raising issues in content distribution and the multilateral relationships between authors, distributors, users, intermediaries, and other involved parties. Recent attempt has been also made in the European Union as the new Art 17 of the DSM Directive rules come into effect.¹⁹

Subsequently, IRIŠ 22 conference contribution shall attempt to isolate factors that are relevant for analysis of online platforms based on the following assumptions:

- There are three predominant actors (decision-makers) interacting at online platforms, the users, the platform and the rightsholders.²⁰
- Creators, while present at online platforms, also fall under the category of users and do not constitute a separate category of decision-makers.²¹
- All groups of actors interact with copyright-protected content.²²
- Users interact with content for profit or entertainment.²³
- Platform interacts with content for profit (content attracts users).²⁴
- Platforms monetize the interaction of users with content not the content itself.²⁵
- Rightsholders enforce their copyright rights for violation of copyright on the platforms via available tools such as ADR, injunctive framework or court action.²⁶
- We shall assume that other factors such as user-friendliness, popularity or operability do not influence the economic model (these factors are constant).²⁷
- We shall assume that all content is of the same category.²⁸

These assumptions shall, nonetheless, be further tested while developing the model of platform liability.

¹⁵ DANIEL J GERVAIS, *(Re)Structuring Copyright* (Edward Elgar Publishing) 158.

¹⁶ Ibid 159.

¹⁷ Ibid 158–159.

¹⁸ Ibid 121.

¹⁹ For general discussion see: MARTIN SENTLEBEN, ‘Bermuda Triangle – Licensing, Filtering and Privileging User-Generated Content Under the New Directive on Copyright in the Digital Single Market’ (2020) <<https://papers.ssrn.com/abstract=3367219>> accessed 10 November 2021.

²⁰ GERVAIS, DANIEL J. *(Re)structuring Copyright* [online]. Edward Elgar Publishing, chap. 5–7. accessed 12 December 2021.

²¹ Ibid, chap. 5 and 6.

²² Ibid., chap. 5–7.

²³ Ibid. chap. 7.

²⁴ Ibid.

²⁵ Ibid.

²⁶ Ibid. chap 5–7. Also see HUSOVEC, MARTIN. Accountable, Not Liable: Injunctions Against Intermediaries [online]. 2016 [vid. 28. listopad 2018]; WORLD INTELLECTUAL PROPERTY ORGANIZATION. *Alternative Dispute Resolution Mechanisms for Business-to-Business Digital Copyright and Content-Related Disputes: A report on the results of the WIPO-MCST Survey*. 2021.

²⁷ THE CORE. *The Economy* [online]. kap. 2.2 and 2.3. accessed 12 December 2021.

²⁸ When translated into the real world, nonetheless, the economic model can adjust according to specific industry practices, such as specific policies of movie industry. See KELLER, PAUL. Article 17 stakeholder dialogue (day 2): Filters, not licenses! *International Communia Association* [online]. 2019 [vid. 28. květen 2020]. Ziskáno z: <https://www.communia-association.org/2019/11/11/article-17-stakeholder-dialogue-day-2-filters-not-licenses/>.

3. Conclusion

Currently, the research and subject of this short contribution falls under the development of the economic model of platform liability phase. Nonetheless, as platform liability presents an issue with multitude of factors and involved parties, it is necessary to test standing assumptions that frame the future economic model at international forum. The upcoming IRI § 22 international conference, thus, presents a perfect platform to share the ongoing research and gain insight from other involved academics.